

BMWFW-56.300/0011-C1/2/2016

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

22/4.3

Betreff: 3485. Tagung des Rates der Europäischen Union für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt) vom 29. September 2016 in Brüssel

Vortrag an den Ministerrat

Am **29. September 2016** fand in Brüssel die **formelle Tagung des Rates der Europäischen Union für Wettbewerbsfähigkeit** (Binnenmarkt, Industrie) statt. Österreich war durch **HStS Dr. Harald Mahrer** vertreten. Der Rat tagte ausschließlich in der Formation der Wirtschaftsminister.

Der Vorsitz über die Ratstagung wurde vom **slowakischen Wirtschaftsminister Peter Žiga** wahrgenommen. Die Europäische Kommission war durch **Kommissarin Elżbieta Bieńkowska** (Binnenmarkt, Industrie und Unternehmertum, sowie kleine und mittlere Unternehmen) vertreten.

Zu Beginn der Ratstagung erfolgte der bereits fest etablierte **"Check-up" der Wettbewerbsfähigkeit** bzw. eine offene Aussprache unter den Ministern und Staatssekretären zum Zustand der Realwirtschaft. Dabei stand die **Finanzierung von KMU, Start ups und Scale ups im Vordergrund**. **Kommissarin Bieńkowska** unterstrich, dass Start ups ein Haupttreiber für Wachstum in der EU seien, deren Startkapital jedoch meist in der Gründungsphase aufgebraucht werde. Für **weiteres Wachstum** bräuchte es geduldige und risikobereite Investoren. In der EU seien diese jedoch im Vergleich zu den USA zu selten und der Umfang an Investments vergleichsweise gering: **EU-Unternehmen erhielten im Vergleich zu den USA lediglich ein Siebtel an Risikokapital**.

Konsequenz eines solchen Mangels sei u.a., dass rund 50% der High-tech Unternehmen verkauft werden würden, davon ca. ein Viertel an Käufer aus den USA. Die **EK** versuche daher, die **Finanzierungsquellen** u.a. durch die Kapitalmarktunion, diverse Programme und die Schaffung eines Dachfonds **zu diversifizieren**. Während die EK in der geplanten **Start up-Initiative** besonderes Augenmerk auf wachsende Unternehmen richte, müssten auch die MS das Geschäftsumfeld für Scale ups verbessern.

StS Mahrer dankte der EK und dem VS für die Diskussion dieses wichtigen Themas, für dessen Behandlung AT bereits beim informellen Rat in Bratislava im Juli plädiert habe. Man sehe im Bereich der Unternehmensfinanzierung in Europa zwei Problembereiche: einen enormen Nachholbedarf bei Venture Capital (VC) im Vergleich zu den USA, und die Notwendigkeit Fremdkapitalfinanzierung durch die Banken gerade im Lichte der Digitalisierung nicht zusätzlich zu erschweren. Europas Unternehmen bräuchten beides: **stabile Bankenfinanzierung und einen konkurrenzfähigen Kapitalmarkt**. Man habe daher **gemeinsam mit DE ein non-paper mit konkreten Handlungsfeldern vorgelegt**. Die Entscheidungsgeschwindigkeit müsse steigen; die Kapitalmarktunion müsse vorangetrieben werden. Im Sinne des Mainstreaming sollte die HLG COMPCRO dieses Thema weiterhin intensiv behandeln und eine Joint Session mit den Finanzministern ins Auge gefasst werden.

Die **Initiative wurde von einer Vielzahl an MS unterstützt**. In weiteren Wortmeldungen plädierten die MS für einen **verbesserten Kapitalzugang von KMU durch eine rasche Umsetzung der Kapitalmarktunion**, bessere **Kommunikation** von bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten bzw. **Kohäsionsfonds, Horizon 2020 und EFSI II** sowie **vereinfachte Prozesse für KMU**. Einige MS regten an, die Regeln der **staatlichen Beihilfe** in diesem Bereich zu überdenken.

Als nächstes präsentierte **KM Bieńkowska** die Mitteilung der EK zur so genannten **kollaborativen Wirtschaft**. Die EK habe mit ihrer **Mitteilung vom 2. Juni Empfehlungen an Akteure und MS** ausgesprochen, die eine

ausgewogene Entwicklung der kollaborativen Wirtschaft bei gleichzeitiger Einhaltung des jeweils geltenden Rechts sicherstellen sollen.

Es brauche im Sinne fairen Wettbewerbs **gerechtfertigte und verhältnismäßige Vorschriften.**

STS Mahrer begrüßte, dass die EK in ihrer Mitteilung nicht gleich die „Regulierungskeule“ schwingte. Man sei interessiert an den Erfahrungen der MS, wenn es um praktikable Beispiele eines flexiblen Umgangs mit der kollaborativen Wirtschaft gehe. Man habe **in AT ein gutes best practice Beispiel mit der Kreativwirtschaft**, wo man **gemeinsam mit den Stakeholdern eine eigene Strategie entworfen** habe. AT begrüße, dass man **zwischen Peer-to-Peer Dienstleistungen und Plattformen** auf der einen **und regelmäßigen, gewerbsmäßigen Tätigkeiten** auf der anderen Seite **unterscheiden wolle**. Zudem sei eine **sektorspezifische Betrachtung** nötig, denn DIE kollaborative Wirtschaft gebe es nicht. Zahlreiche MS sprachen von der Notwendigkeit ein **Gleichgewicht zwischen öffentlichem Interesse und Flexibilität für neue Anbieter** zu finden. Der Wunsch nach dem verstärkten **Austausch von best practices** wurde mehrfach geäußert. Als Gefahr wurde die **Fragmentierung des Binnenmarktes** gesehen.

Während des **Arbeitssessens** tauschten sich die Minister über den **Zustand der Bauwirtschaft** aus, u.a. mit **Jean-Louis Marchand, Präsident von FIEC** (European Industry Construction Federation). Der Sektor benötige **Investitionen**, dabei solle man alle Formen von finanziellen Instrumenten (z.B. EFSI) nutzen. **Digitale Technologien** sollten im Bausektor besser angewendet werden. Die Themen Energieeffizienz, öffentliche Beschaffung, Kompetenzen (Skills) und die Verringerung verwaltungstechnischer Kosten wurden angesprochen.

Intensive Diskussionen gab es nach einer einleitenden Information der EK beim anschließenden Meinungsaustausch über die **Lage der Stahlindustrie**. **KM Bieńkowska** wies auf **Überkapazitäten dieses Sektors** (insbesondere in China) hin, die den weltweiten Markt verzerren, sowie auf nachlassende

Nachfrage und unlautere Handelspraktiken. Die **Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente** (Modernisation of Trade Defense Instruments, MTDI) werde breit von den MS begrüßt und solle eine schnellere europäische Reaktionsfähigkeit unterstützen. Die EK habe überdies bereits vorgeschlagen, auf allen Ebenen mit China in Dialog zu treten und diese bilateralen Gespräche durch eine EU-China Plattform ergänzen. Darüber hinaus habe der G20 Gipfel die Einrichtung eines globalen Forums für Stahl beschlossen. Man wolle zur Frage der Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus für China bis Jahresende einen Vorschlag vorlegen.

AT erläuterte, für die Stahlindustrie sei neben handelspolitischen Punkten auch die zukünftige **Ausgestaltung des Emissionshandelssystems (ETS)** von wesentlicher Bedeutung. Für die **Carbon Leakage Industrie** sei daher sicherzustellen, dass die effizientesten Anlagen (auf Basis der Benchmark) 100% Gratiszuteilung bekämen. Der sogenannte „**tiered approach**“, also unterschiedliche Abstufung in der Höhe der Gratiszuteilung könne **keine adäquate Lösung für die energieintensive Industrie** sein, da Carbon Leakage damit nicht zielgerecht abgedeckt werden könne.

Im Anschluss nahm der Rat die Präsentation des **Normungspakets**, das die EK am 1.6.2016 angenommen hat, die EK-Präsentation ihrer Mitteilung zu einem **Übergang zu einer CO2-armen Wirtschaft** in Europa sowie die NL-Information über ein Symposium vom 18. Mai 2016 über **Patente und Pflanzenzüchterrechte** zur Kenntnis. Bei der Konferenz habe die EK Vorschläge zur Verbesserung der Rechtssicherheit gemacht, z.B. zu Pflanzensortenrechten und Patentrechten. Die EK werde die einschlägigen Bestimmungen der Biotechnologie-RL in einem Vermerk erläutern, der bis Ende des Jahres vorgelegt werden soll. Die von BE beantragte Information zur **Entwicklung einer ehrgeizigen Industriepolitik** stieß auf großes Interesse. Zahlreiche Mitgliedstaaten forderten eine **aktive Industriepolitik von der EK** und einen strategischen Fahrplan.

Weiters informierte die EK zum aktuellen Stand beim **einheitlichen Patent und dem einheitlichen Patentgericht** - eine **rasche Umsetzung sei hier gefordert**. **IT** berichtete, dass seine **Ratifizierung in Kürze abgeschlossen**

sein werde, **SI** hat am 22.9. ratifiziert. **DE** stünde weiterhin hinter dem Vorhaben, **UK** begrüße die bisherigen Arbeiten und hoffe auf positive Entwicklungen.

Die EK präsentierte auf Ersuchen der HU Delegation den aktuellen Stand der **Überprüfung der Verordnung über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel (SPC)**, die als Teil der Binnenmarktstrategie angekündigt worden war. Ziel sei die Vereinfachung von Verfahren und die Vermeidung der Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland. Nächstes Jahr solle eine umfassende Konsultation und Evaluierung stattfinden. Der Rat nahm die Informationen zur Kenntnis.

- Im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie stelle ich somit den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 10. November 2016
Dr. Reinhold Mitterlehner